

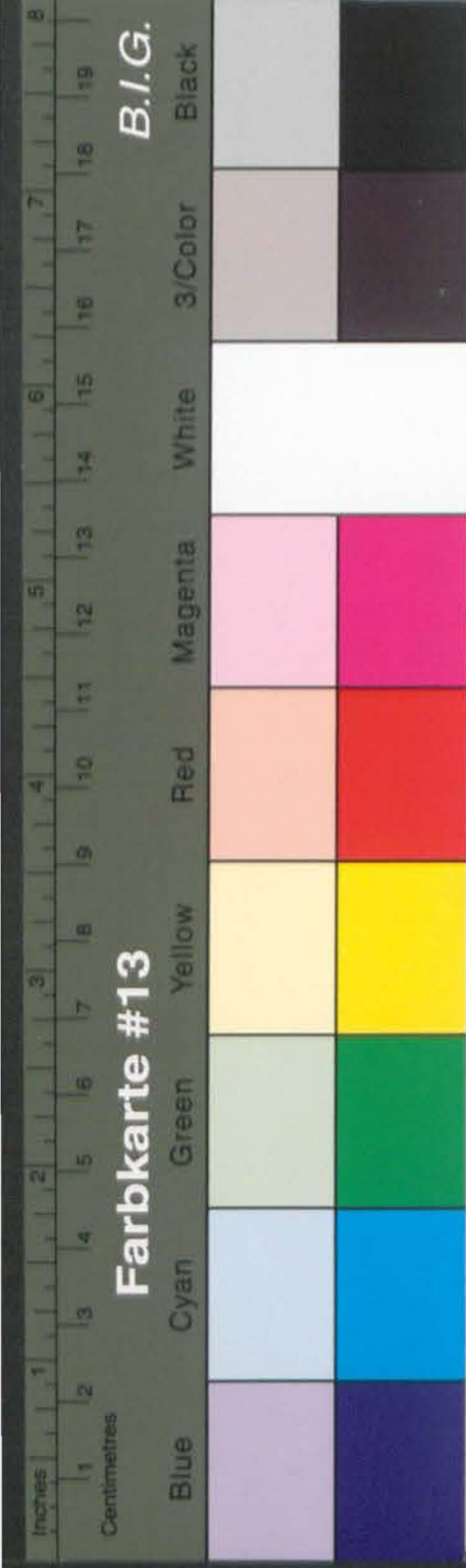
# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreisarchiv Stormarn

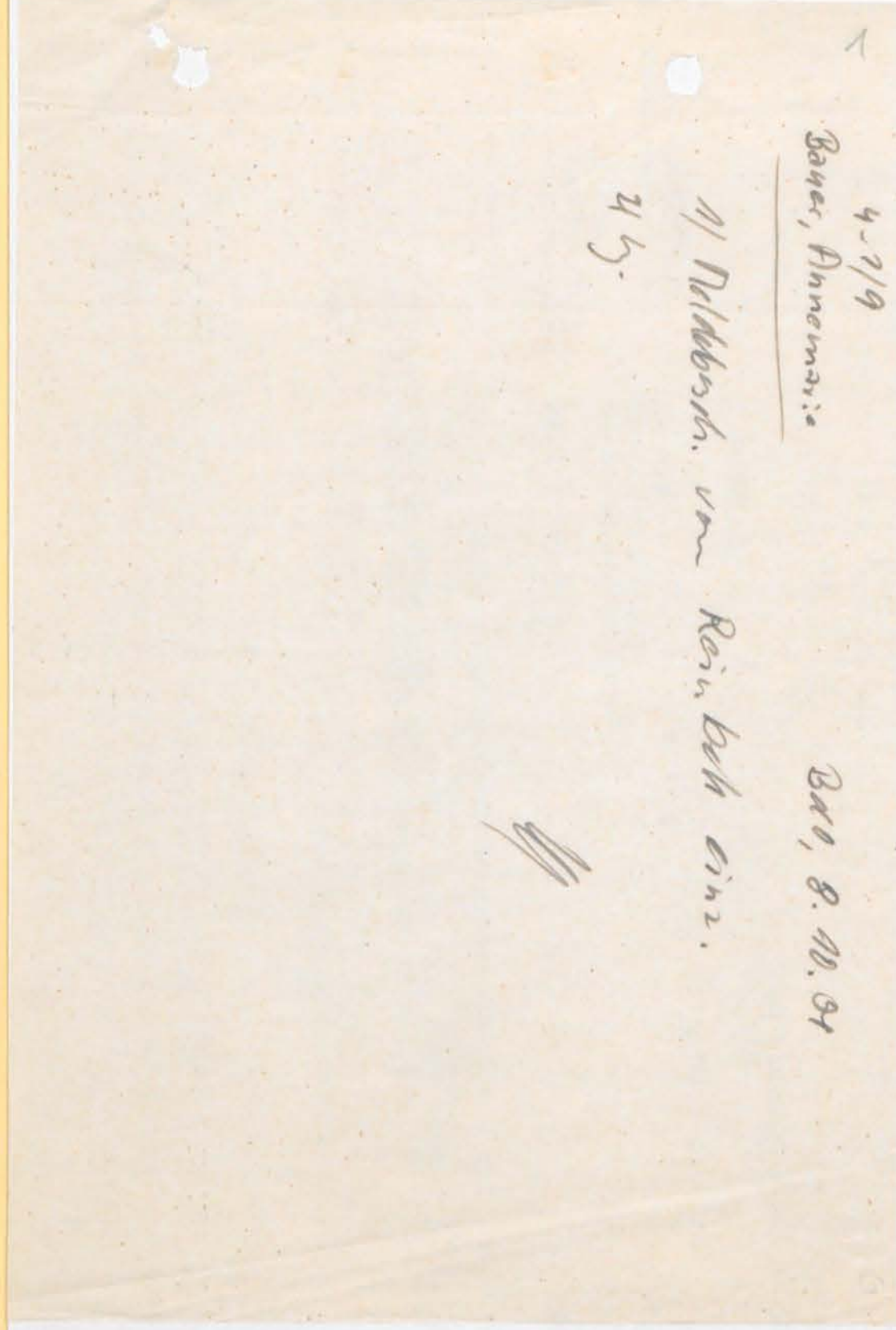
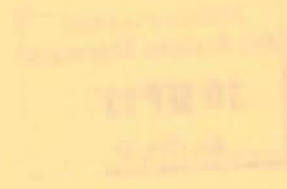
Bestand B 2

42





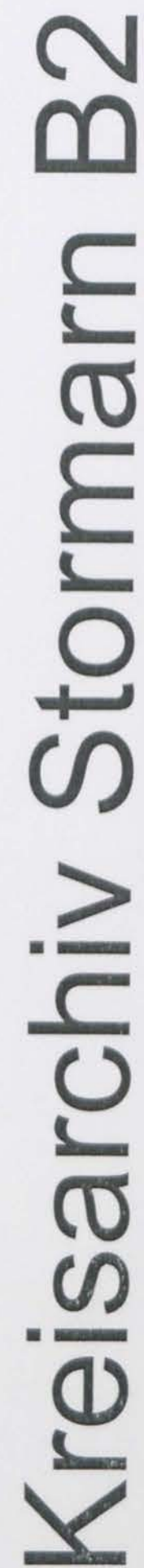
# Kreisarchiv Stormarn B2











Bed. Oidesloe, den 8. Oktober 1924

— 10000 —

Am die

И н е т н о к

Wohnort und politische Gemeinde ist:  
Versteigerung, woraus ersichtlich ist, seit wann Hr. Bauer in Reimpek  
weg 1, bitte ich um Erteilung einer Meldebefreiung in doppelter  
in der Meldebefreiungssache Unkenntnis Bauer in Reimpek, Kinder

IM Auftrag des Landrates

Vor Ausfüllung Merkblatt lesen!  
In Maschinen- oder Blockschrift ausfüllen!  
Nicht Zutreffendes streichen!

Nur von der Entschädigungsbehörde auszufüllen:

(Eingangsstempel)

Kreisausschuß  
des Kreises Stormarn  
30. SEP. 1954  
Anl./Teb. Nr.

mit ..... Anlagen

N<sub>2</sub>

Empfangsbestätigung erteilt am

### Antrag

auf Grund des Bundesergänzungsgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG)  
vom 18. 9. 1953 (BGBl. I S. 1387)

### I. Anspruchsberechtigte(r)

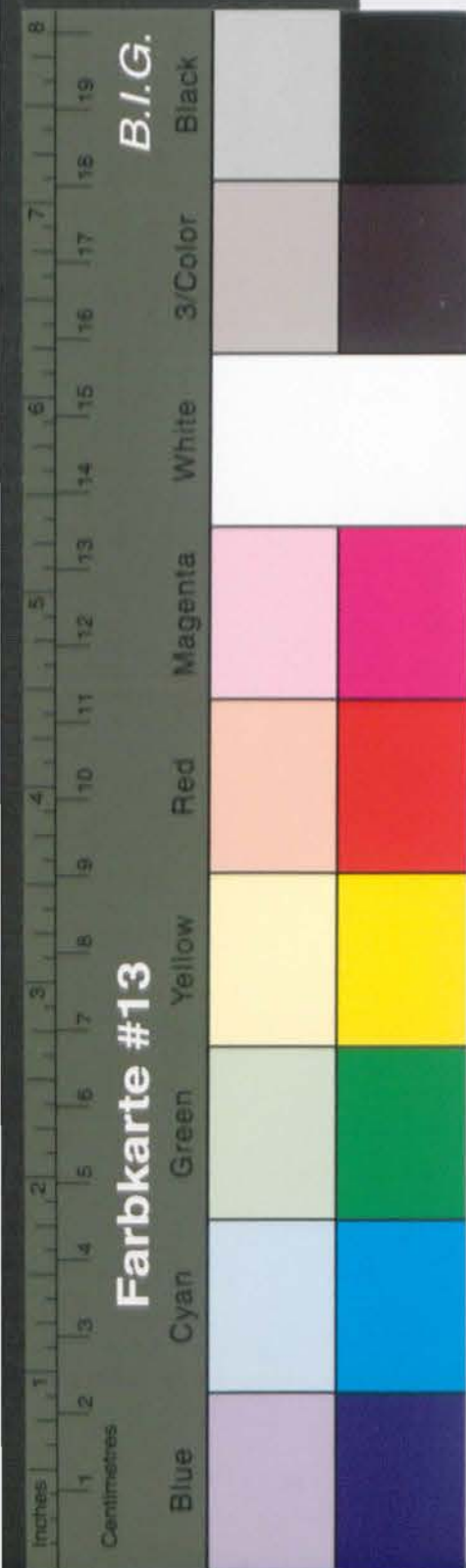
1. Name: Bauer Annemarie  
 Vornamen: Annemarie Heinbek, Kre. Stormarn  
 Geburtstag und -ort (Kreis, Land): 3. Nov. 1930  
Heinbek Kre. Stormarn Blinderweg 7  
 (Straße und Haus-Nr.)  
 Familienstand: Led. / verh. / verw. / gesch. verh.  
 Anzahl der Kinder: — Alter der Kinder: —  
 Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch jetzige: Deutsch  
 2. Beruf: Kontoristin  
 Erlernter Beruf: Kontoristin  
 Jetzige berufliche Tätigkeit: Kontoristin  
 3. Sind Sie selbst verfolgt worden? ja / nein nein  
 Wenn ja:  
 Wegen Ihrer politischen Überzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung  
 4. Leiten Sie Ihre Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen ab? ja / nein nein  
 Ihr Familien- oder Rechtsverhältnis zum Verfolgten:

## II. Verfolgte(r)

(Nur auszufüllen, wenn Anspruchsberechtigte(r) [s. Abschnitt I, 1] Ansprüche aus der Verfolgung eines anderen [s. Abschnitt I, 4] ableitet)

1. Name: Bauer  
Vornamen: Annemarie  
Geburtsort (Kreis, Land): Reinbek Kr. Stormarn  
Geburtsdatum: 9. Nov. 1930  
Geburtsort (Kreis, Land): Reinbek Kr. Stormarn  
Geburtsort (Straße und Haus-Nr.): Alte Dorfstr. 7  
gestorben am: \_\_\_\_\_  
in (Kreis, Land): \_\_\_\_\_  
Bei juristischen Personen usw. Zeitpunkt der Auflösung: \_\_\_\_\_  
Staatsangehörigkeit: frühere: Deutsch letzter: Deutsch  
2. Beruf: \_\_\_\_\_  
Erlernter Beruf: Kontoristin  
Letzte berufliche Tätigkeit: Kontoristin  
3. Verfolgt wegen seiner / ihrer politischen Ueberzeugung oder aus Gründen der Rasse oder des Glaubens oder der Weltanschauung? \_\_\_\_\_





# Kreisarchiv Stormarn B2

— 2 —

## III. Weitere Angaben über die Person des(r) Anspruchsberechtigten und des(r) Verfolgten:

	Anspruchs- berechtigte(r)	Verfolgte(r) (Nur auszufüllen, wenn auch Abschnitt II ausgefüllt ist)
1. Im Falle einer Mitgliedschaft bei der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen:		
a) Mitgliedschaft bei der NSDAP:	ja / nein	ja / nein
	von _____ bis _____	von _____ bis _____
b) Mitgliedschaft bei Gliederungen der NSDAP: Bei welchen?	ja / nein	ja / nein
	<u>Jugendbündel</u>	
	von <u>Apr. 41</u> bis <u>März 45</u>	von _____ bis _____
2. Im Falle einer strafgerichtlichen Verurteilung:		
a) Rechtskräftige Verurteilung nach dem 8. 5. 1945 zu Zuchthausstrafe von mehr als 3 Jahren:	ja / nein	ja / nein
b) Rechtskräftige Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nach dem 8. 5. 1945:	ja / nein	ja / nein
3. a) Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) am 1. 1. 1947:	<u>Hainbek</u>	
	<u>Glinderweg 7</u>	
b) Letzter inländischer Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land), wenn vor dem 1. 1. 1947 gestorben, ausgewandert, deportiert oder ausgewiesen:		
c) bei Heimkehrern: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Heimkehr:		
d) Bei Vertriebenen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Vertreibung:		
e) bei Sowjetzonenflüchtlingen: Erstmaliger Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt (Kreis, Land) nach der Flucht:		
f) Bei Aufenthalt in einem DP-Lager am 1. 1. 1947: In welchem Lager (Kreis, Land)?		
Wohin nach dem 31. 12. 1946 ausgewandert?		
Als heimatloser Ausländer in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergegangen?	ja / nein	ja / nein
Deutsche Staatsangehörigkeit erworben am:		
4. Nur auszufüllen von Angehörigen der besonderen Verfolgtengruppen und deren Hinterbliebenen:		
a) Bei Verfolgten aus den Vertreibungsgebieten: Zeitpunkt der Auswanderung aus dem Vertreibungsgebiet: Von wo? Wohin?		
b) Bei Staatenlosen oder politischen Flüchtlingen: Betreuung durch welchen Staat oder / und welche zwischenstaatlichen Organisationen?		
c) Verfolgt aus Gründen der Nationalität?		ja / nein

— 3 —

## IV. Entschädigungsansprüche werden angemeldet für:

1. Schaden an Leben (§§ 14, 15 Abs. 6) Rente und Kapitalentschädigung als Hinterbliebene(r) eines(r) durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen getöteten oder an den Folgen solcher Maßnahmen verstorbenen Verfolgten:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
2. Schaden an Körper und Gesundheit (§ 15) a) Heilverfahren: b) Rente und Kapitalentschädigung:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
3. Schaden an Freiheit (§ 16) durch Freiheitsentziehung	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
in _____ vom _____ bis _____	
insgesamt = _____ volle Monate	
4. Schaden an Eigentum und Vermögen (§§ 18—24) a) durch Zerstörung, Verunstaltung, Plünderung, Flucht oder Auswanderung: b) durch Sonderabgaben und Reichsfluchtsteuer: c) durch Geldstrafen, Bußen und Kosten: d) durch sonstige schwere Schädigung:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
5. Schaden im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen (§§ 25—55) a) durch Verdrängung aus oder Beschränkung in einer selbständigen Erwerbstätigkeit einschl. land- oder forstwirtschaftlicher oder gewerblicher Tätigkeit: b) in einem privaten Dienst- oder Arbeitsverhältnis durch Entlassung, vorzeitiges Ausscheiden oder Versetzung in eine erheblich geringer entlohnte Stelle: c) durch Ausfall an Bezügen im öffentlichen Dienst für die Zeit vor dem 1. 4. 1950: d) durch Ausschluß von der erstrebten Ausbildung oder durch deren erzwungene Unterbrechung:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein
6. Versicherungsschaden außerhalb der Sozialversicherung (§§ 56—63) durch Schädigung in einer Lebensversicherung:	<input checked="" type="checkbox"/> ja / nein

## V. Erklärung über anderweitig gestellte Wiedergutmachungsanträge und über die im Hinblick auf die Verfolgung durch den Nationalsozialismus erhaltenen Leistungen. Reicht der Platz nicht aus, sind entsprechende Ausführungen auf besonderer Anlage zu machen)

1. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen wegen der angegebenen Verfolgungsgründe bereits Entschädigungs- oder Schadenersatzansprüche geltend gemacht?

Bei welchen Stellen im In- und Ausland (Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen)?	Wann?	Aktenzeichen

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ☒ ja / nein

Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen:

Haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im In- und Ausland Geld- oder Sachleistungen von Behörden, Organisationen, Firmen, Privatpersonen erhalten? ☒ ja / nein

Art der Leistungen	Von welchen Stellen?	Wann?	RM	DM

2. Wurden für die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen Rückerstattungsansprüche geltend gemacht? ☒ ja / nein

Wegen welcher Vermögensgegenstände?	Bei welchen Stellen?	Aktenzeichen:





# Kreisarchiv Stormarn B2

— 4 —

Sind über diese Anträge bereits Entscheidungen ergangen oder Vergleiche abgeschlossen worden? ☒ / nein  
Von oder vor welcher Stelle? Aktenzeichen?

Welche Wiedergutmachungsleistungen (Rechte, Sachwerte, Geld) haben die unter Abschnitt I und II bezeichneten Personen im Rückerstattungsverfahren erhalten?

Art der Leistungen:	Von welchen Stellen...

Sind Ansprüche nach Art. 44 Abs. 3 US-REG bzw. Art. 36 Abs. 3 Br-REG bzw. Art. 37 Abs. 3 Berl.-REAO oder in einem Rückerstattungsverfahren nach der VO Nr. 120 der französischen Mil.-Reg. an Rückerstattungspflichtige abgetreten worden? ☒ / nein

## VI. Dem Antrag sollen beigelegt werden:

1. Eine Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Eine Erläuterung der Schadensfälle und der Höhe der erlittenen Schäden sowie Angaben über die Art der beanspruchten Entschädigungsleistungen
3. Beweismittel (Originale, beglaubigte Abschriften oder beglaubigte Photokopien)  
Zum Beispiel: Aufenthaltsbescheinigungen, Entscheidungen der Entnazifizierungsbehörden, Geburts-, Sterb- und Heiratsurkunden sowie Erbnachweise (wenn der Anspruchsberechtigte nicht der Verfolgte ist), Nachweis der Eigenschaft als Heimkehrer, Vertriebener, Sowjetzonenflüchtling, heimatloser Ausländer oder politischer Flüchtling, Nachweis der Aufhebung oder Aenderung einer strafgerichtlichen Verurteilung sowie sonstige dem Beweis der Ansprüche dienende Unterlagen.

Folgende Beweismittel

wurden bereits an \_\_\_\_\_ (Behörde) oder \_\_\_\_\_ (Gericht) \_\_\_\_\_ (Aktenzeichen) zu \_\_\_\_\_ -Verfahren eingereicht.

VII. Ich versichere, daß die vorstehenden und in den beigelegten Anlagen enthaltenen Angaben richtig sind. Mir ist bekannt, daß nach § 2 des Gesetzes der Anspruch auf Entschädigung ganz oder teilweise zu versagen ist, wenn der Anspruchsberechtigte sich, um Entschädigungsleistungen zu erlangen, vor oder nach Inkrafttreten des Gesetzes unlauterer Mittel bedient oder wesentlich oder grobfahrlässig unrichtige oder irreführende Angaben über Grund oder Höhe des Schadens gemacht, veranlaßt oder zugelassen hat.  
Nachträgliche Veränderungen, die sich auf diesen Antrag beziehen, werde ich der Entschädigungsbehörde bzw. dem Entschädigungsgericht unverzüglich anzeigen.

Heinbek \_\_\_\_\_, den 29. Sept. 54  
(Ort) (Datum)

*Amanori Bano*  
(Unterschrift)

Dem Antrag sind 4 Anlagen beigelegt, und zwar:

1. Schilderung des Verfolgungsvorganges
2. Erläuterung des Schadensfalles
3. Erklärung
4. Bescheinigung
5. \_\_\_\_\_
6. \_\_\_\_\_
7. \_\_\_\_\_
8. \_\_\_\_\_
9. \_\_\_\_\_
10. \_\_\_\_\_

Nachdruck verboten.

„Buchkunst“, Berlin W 85

## Erläuterung des Schadensfalles sowie Höhe der Schäden.

Auf Wunsch meines Vaters sollte ich nach Ablauf der vierjährigen Grundschule in Heinbek das dortige Gymnasium besuchen, um nach Abiturreife das Studium für den Lehrerberuf an einer Universität aufnehmen zu können.

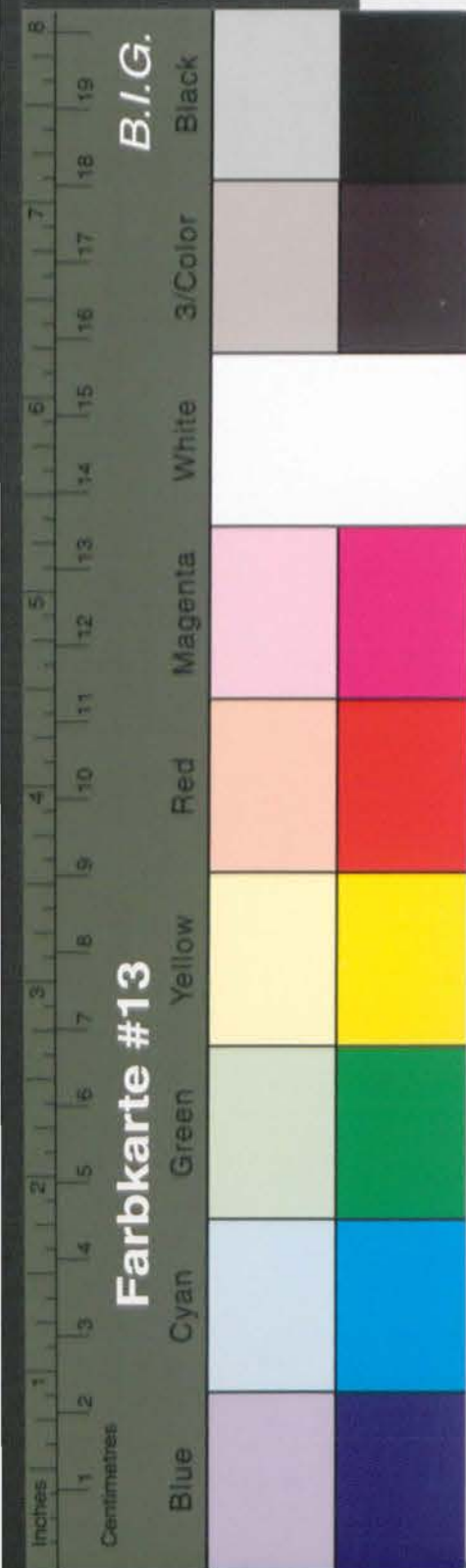
Vor Ostern 1941 fand die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium statt. Die Teilnahme hieran wurde mir durch die damalige Schulleitung mündlich verweigert, obgleich ich leistungsmässig dazu in der Lage war. Daraufhin absolvierte ich die Volksschule mit Abschluss Ostern 1945. Wiederum bewarb ich mich um Aufnahme in ein Lehrerseminar. Das Gesuch, welches an den damaligen Oberschulrat in Bad-Oldesloe gerichtet war, erhielt Herr Tralau, Rektor in Heinbek, abgelehnt zurück. Er teilte mir dieses im Beisein sämtlicher Schülerinnen während des Unterrichts mit, indem er gegen meine schulischen Leistungen nichts einzuwenden hatte, dagegen den politischen Ruf unserer Familie in verletzender Art publizierte und als nicht zu vereinbarende Grundlage für den pädagogischen Beruf kennzeichnete.

Daraufhin wandte ich mich dem Beruf der Kontoristin zu. Den mir hierdurch entstandenen Schaden in Bezug auf mein Fortkommen mache ich geltend unter Hinweis auf § 51 und § 55 BEG und erhebe Forderung auf Entschädigung für nicht nachgeholte Ausbildung in Höhe von DM 5.000,-.

Heinbek, den 28. Sept. 1954

*Amanori Bano*





# Kreisarchiv Stormarn B2

## Schilderung des Verfolgungsvorganges :

Gleich nach der Machtübernahme der N.S.D.A.P. wurde mein Vater Jakob Hans Bauer, am 29. März 1933 zum ersten Mal verhaftet bis zum 28. Juni 1933. Damit verbunden war eine Haussuchung der GESTAPO, bei der fast sämtliche Literatur beschlagnahmt wurde. Dies geschah aus parteipolitischen Gründen.

Nach der Entlassung aus der Haft wurde er fortwährend bis zum Jahre 1937 an der Wiederaufnahme eines Arbeitsverhältnisses gehindert, da er der deutschen Arbeitsfront nicht angehörte. Ebenso wechselten Haussuchungen, bei denen Musikinstrumente und Notenmaterial beschlagnahmt wurden, sowie politische Verhöre einander ab.

Im Jahre 1937 gelang es meinem Vater im Zuge der allgemeinen Aufrüstung eine Beschäftigung als Eisenflechter zu bekommen.

Auf Anordnung der GESTAPO Lübeck erhielt er erneut einen Haftbefehl am 29. Mai 1939. Man brachte ihn zunächst ins Heimbeker Gefängnis, aus welchem man ihn über Lübeck, Neumünster, Neuengamme, Oranienburg ins KZ Dachau deportierte. Hier verstarb mein Vater am 19. Mai 1941 lt. Telegramm des Lagerkommandanten.

Heimbek, den 28. Sept. 1954

*Ammanne Bauer*



Aufenthaltsbescheinigung



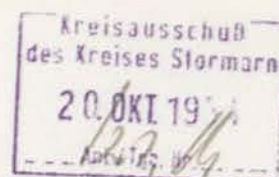
STADT REINBEK

Der Bürgermeister  
-Ordnungsbehörde-

A. Z.: (Abt. I / Br. )

1-124-11

Reinbek, den 18. Oktober 1954  
am Sachsenwald



An den  
Kreisausschuß Stormarn  
-Sozial- u. Jugendamt -  
Bad Oldesloe

Betr.: Aufenthaltsbescheinigung

Bezug: Ihre Anfrage vom 8.d.M. / Sonderhilfeausschuß 4-1/9

Als Anlage überreiche ich die erbetene Aufenthaltsbescheinigung  
in doppelter Ausfertigung für Frau Annemarie Bauer,  
wohnhaft in Reinbek, Glinder-Weg 7.

Im Auftrage:

Sachbearbeiter

Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2



## Aufenthaltsbescheinigung

27. Okt. 1954.

Kreisentschädigungsamt  
4-1/9 Bauer

D./-

1/ An das  
Landesentschädigungsamt  
Schleswig-Holstein.

K i e l .

in Reinbek In der Wiedergutmachungssache Annemarie B a u e r

- Aktenzeichen: ? -

Überreiche ich anliegend den bei mir gestellten wiedergutmachungs-  
antrag nach dem BzG. mit der Bitte um die dortige Entscheidung.  
Auf den bereits von Frau Else Bödewadt in Reinbek  
nach Hans Bauer geltend gemachten Wiedergutmachungsantrag nehme  
ich Bezug.

Im Auftrage:

2/4.



97

### Aufenthaltsbescheinigung

~~Mann~~ **Annemarie Bauer**  
 Frau  
 geboren am **9. November 1930** in **Reinbek/Stormarn**  
 \_\_\_\_\_ Kreis \_\_\_\_\_

wird hierdurch bescheinigt, daß ~~er~~/sie  
 vom **1.1.54** bis **auf weiteres**  
 in Reinbek (Kreis Stormarn) polizeilich gemeldet ~~war~~/ist.

Reinbek, den **18. Oktober** 195**4**

*[Signature]*  
 Gebührenbescheinigung  
 mit DM 0,50



**Stadt Reinbek**  
 Einwohnermeldeamt  
 Im Auftrage  
*[Signature]*  
 Sachbearbeiter

Da das Einkommen den Bedarfssatz - nicht - übersteigt, kann eine Beihilfe zum Lebensunterhalt - nicht - gewährt werden.

Für die Feststellung der Ausbildungskosten gilt folgende Berechnung:

doppelter Richtsatz der Mutter	_____ DM
desgl. der Waise	_____ DM
Miete	_____ DM

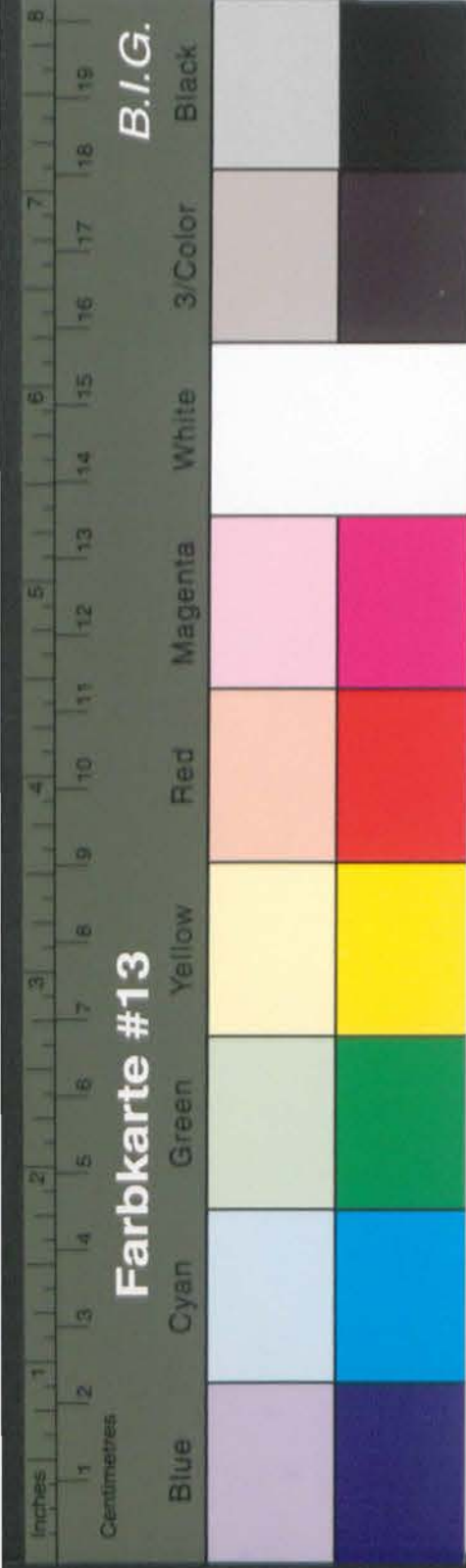
Da das Einkommen diesen Betrag - nicht - mit \_\_\_\_\_ DM übersteigt, ist ein Betrag von \_\_\_\_\_ DM - nicht - auf die tatsächlichen Ausbildungskosten anzurechnen.

An Ausbildungskosten entstehen:

Kreissarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

